

Vorlage Nr. V-S 10/2023		
für die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Überplanmäßig anerkannter Bedarf einer unbefristeten Stelle einer/eines Stadtangestellte:n (w/m/d) - für die Geschäftsstelle Bremerhavener Migrationsrat (MiRa) im Sozialreferat

A Problem

Durch das am 13.01.2023 im Bremischen Gesetzblatt verkündete Ortsgesetz Nr. 3/2023, welches die Satzung des neu einzurichtenden Migrationsrats beinhaltet, ergibt sich die Notwendigkeit der Einrichtung einer Geschäftsstelle. Der nach dem 12. Juli 2023 zu konstituierende Migrationsrat wird aus Mitgliedern vielfältigen Hintergrunds bestehen. Das Gremium setzt sich aus Vertreter:innen der Schlüsselakteure der Bremerhavener Integrationsbemühungen zusammen. Hierzu zählen u.a. Vertreter:innen von Ämtern, der Fraktionen, von Religionsgemeinschaften und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Der Migrationsrat wird ein wichtiges Gremium bilden, um kultursensibilisierend migrantisch relevante Themen in den politischen Diskurs einzubringen. Die Perspektive dieses Gremiums, welche größtenteils durch eigene Migrationserfahrungen und -hintergründe geprägt sein wird, soll somit eingebunden und berücksichtigt werden. Personengruppen, die besonders von Chancenungleichheit betroffen sind, sollen größere Berücksichtigung finden und sichtbar gemacht werden.

Um das ehrenamtliche Gremium mit der nötigen Koordination auszustatten und handlungsfähig zu machen, bedarf es gemäß des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 22.09.2022 einer hauptamtlichen Unterstützung. Die Geschäftsstelle soll insbesondere reguläre Geschäftsstellenaufgaben für den Migrationsrat Bremerhaven übernehmen und eine Unterstützung und Begleitung des Gremiums sowie Schnittstellenarbeit zwischen Migrationsrat und der Koordinierungsstelle für Integration und Chancengleichheit leisten. Die Geschäftsführung sollte bestenfalls über eine eigene Migrationsgeschichte verfügen. Die organisatorische Zuordnung der Stelle liegt beim Sozialreferat, welches den fachlichen Beitrag leistet.

B Lösung

Zur Umsetzung des Ortsgesetzes muss eine neue Stelle beim Sozialreferat, Ref. V/1, geschaffen werden. Eine Stellenbeschreibung ist als Anlage beigelegt. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung erkennt den überplanmäßigen Bedarf einer entsprechenden Stelle an. Da der Migrationsrat keiner zeitlichen Beschränkung unterliegt, wird die/der Mitarbeiter:in der Geschäftsstelle dauerhaft benötigt, weshalb die Stelle unbefristet anzulegen ist. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung bittet den Personal- und Organisationsausschuss, gleichlautend zu beschließen und das Sozialreferat, alles Weitere zu veranlassen.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Die Personalkosten werden sich bei entsprechender Eingruppierung EG 8 TVöD (1,0 VZA, Entgeltordnung/VKA, vorbehaltlich Bewertung) auf ca. 57.198 Euro jährlich belaufen. Die Mittel sind den Personalmitteln des Sozialreferats zur Verfügung zu stellen. Für eine Gleichstellungsrelevanz gibt es keine Anhaltspunkte. Klimaschutzrelevante Auswirkungen sowie eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils sind nicht zu erkennen. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind von dem Beschlussvorschlag betroffen. Die besonderen Belange der Menschen mit Behinderung und die besonderen Belange des Sports sind von dem Beschlussvorschlag nicht betroffen.

E Beteiligung / Abstimmung

Magistratskanzlei, Personalamt, Personal- und Organisationsausschuss

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Die Vorlage ist für die Öffentlichkeit geeignet und wird über das zentrale Informationsregister der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Öffentlichkeitsarbeit erfolgt durch das Dezernat V.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung beschließt die Anerkennung eines überplanmäßigen Bedarfs (Stadtangestellte:r (w/m/d) in Vollzeit, Entgeltgruppe 8 TVöD (Entgeltordnung/VKA, vorbehaltlich Bewertung, vgl. Stellenbeschreibung anbei), unbefristet für das Sozialreferat). Er bittet den Personal- und Organisationsausschuss, gleichlautend zu beschließen und das Sozialreferat, alles Weitere zu veranlassen.

Parpart
Stadtrat

Anlage: Stellenbeschreibung Geschäftsstelle Migrationsrat